

Update

„Das akzeptieren wir nicht“: Berliner Späti-Verband will gegen Pankower Sitzverbot klagen

Der Berliner Bezirk Pankow will das Aufstellen von Tischen und Stühlen vor Spätis verbieten. Die Ungleichbehandlung zu anderen Gewerben will die Branche nicht hinnehmen.

Von

- [Lotte Buschenhagen](#)
- [Christoph M. Kluge](#)

17.07.2023, 12:29 Uhr | Update: 17.07.2023, 17:21 Uhr

Lästiges Übel oder überlebenswichtig? Vor den Berliner Spätis sammeln sich abends Spaziergänger und Freunde zum Feierabendbier und Austausch. Anwohner **beschweren sich jedoch über den nächtlichen Lärm** – deshalb plant der Bezirk Pankow, [das Aufstellen von Tischen und Stühlen vor Spätis zu verbieten](#).

Der Berliner Späti e.V., die Interessenvertretung der Spätverkaufsstellen, kündigt jetzt an, juristisch **gegen ein mögliches Verbot vorzugehen**. „Das akzeptieren wir nicht“, sagt der Vorsitzende Alper Baba dem Tagesspiegel. Es sei unfair, dass Stühle und Bänke vor Geschäften untersagt werden sollen, aber zum Beispiel nicht vor Bäckereien oder Bars.

Viele Späti-Betreiber hätten Ausschankgenehmigungen, seien also gastronomischen Betrieben gleichgestellt. Doch ein großer Teil der Spätverkäufe schenke keinen Alkohol aus, benötige daher keine solche Genehmigung. [„Viele Kunden wollen nur eine Cola oder einen Kaffee trinken.“](#)



Alper Baba, Vereinsvorsitzender des Berliner Spätivereins, kritisiert die Pankower Pläne. © Berliner Späti e.V

Den pauschalen Vorwurf, vor Spätis werde lautstark gefeiert, hält der Sprecher für **diskriminierend**. Die Pankower Ordnungsstadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) behandle die Spätis, die häufig von Menschen mit Migrationshintergrund betrieben werden, anders als andere Unternehmen. Sie setze damit die Politik ihres Vorgängers, des AfD-Mannes Daniel Krüger, fort, meint er.

Anfang Juli hatte Anders-Granitzki im Pankower BVV-Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung **angekündigt, gegen die Sitzmöglichkeiten vorzugehen**. Das begründete sie mit der Lärmbelastung für die Anwohner. Auf Anfrage schreibt der Bezirk: „Das SGA erarbeitet ein Konzept für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Sondernutzung von Gehwegen“, etwa für die Außengastronomie.

„Ein entsprechendes Konzept existierte bisher in Pankow noch nicht und wir haben die **veränderten Vorgaben des Mobilitätsgesetzes** zum Anlass genommen, ein solches zu erstellen.“ Inzwischen relativiert der Bezirk die Aussagen der Stadträtin. Bisher sei die Gehwegnutzung unzulässig gewesen, könne jedoch „bei entsprechenden Voraussetzungen“ zukünftig sogar zulässig werden. Aber: „Die abschließende Ausgestaltung des neuen Sondernutzungskonzepts für den Bezirk Pankow, welches die Spätis mit einbezieht, **bleibt dem Bezirksamt vorbehalten**.“

Nicht nur in **Pankow**, sondern auch in anderen Bezirken beobachtet der Berliner-Verband ähnliche Versuche, das Geschäftsmodell der Späti-Betreiber zu beschränken. „Doch wir leben in einem Rechtsstaat“, sagt Baba.

Eine **Petition gegen ein mögliches Verbot** hat bis Montagnachmittag rund 550 Unterschriften. Phillip Haverkamp, Geschäftsführer des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg (HBB), ist ebenfalls skeptisch: „Wir stellen uns die Frage: Wie sinnvoll ist es, das in einem einzelnen Bezirk einzuführen?“ Auch die **Ungleichbehandlung von Spätis** und anderen Gewerben wie Bäckereien hält Haverkamp für **rechtlich fragwürdig**.

Auf Bezirksebene formiert sich Widerstand. Die Bezirksfraktionen der Grünen und Linken heben die Bedeutung der Spätis als **günstige Freizeitorte** hervor, die FDP verweist auf den bereits bestehenden Lärmschutz: „Wenn es Beschwerden von Anwohnerinnen und Anwohnern zum Lärm gibt, sollten die Spätis genauso wie Gastronomiebetriebe die Tische und Sitzgelegenheiten **nach 22 Uhr nicht mehr nutzen**“, sagt Oliver Simon dem Tagesspiegel.

Berliner Abgeordnete kritisieren das mögliche Verbot

Und im Abgeordnetenhaus? Sieht man das ähnlich. „Statt immer die Polizei zu schicken, könnte sich die CDU mal ums Gewerbemietrecht kümmern und dafür sorgen, dass weder Kneipen sterben noch Spätis immer neue Angebote erfinden müssen, um die horrenden Gewerbemieten zu bezahlen. Aber anstatt den Hauseigentümer*innen in die Tasche zu langen, **will die CDU lieber dem kleinen Späti-Betrieb die Sitzgelegenheit verbieten**“, schreibt Katalin Gennburg, Linken-Fraktionssprecherin für Stadtentwicklung.

Sie können darauf achten, dass vor der Tür kein Ballermann entsteht und auch gemeinsame Lösungen für das Toiletten-Problem finden.
Christoph Wapler, wirtschaftspolitischer Sprecher

Die Grünen-Fraktion versteht zwar das Ruhe- und Ordnungsbedürfnis der Anwohner, spricht sich aber gegen ein Sitzverbot aus. **Vielmehr sollten Betreiber in die Verantwortung genommen werden:** „Sie können darauf achten, dass vor der Tür kein Ballermann entsteht und auch gemeinsame Lösungen für das Toiletten-Problem finden“, sagte Christoph Wapler, wirtschaftspolitischer Sprecher.

Selbst die AfD sieht den Vorstoß kritisch. „In den Innenstadtbezirken einer Viermillionenstadt kann man keine Landruhe erwarten“, schreibt Wirtschaftssprecher Frank-Christian Hansel auf Anfrage. Die Betreiber sollten allerdings gegen Lärm vorgehen.



Günstige Getränke und improvisierte Sitzgelegenheiten machen den Kiezcharme von Spätis aus. © Imago/Imagebroker/Karl-Heinz Spremberg

Auch aus der eigenen Partei kommt Widerspruch gegen den Vorschlag der Stadträtin: „Ich finde so viel Freiheit wie möglich und nicht wie nötig, gerade für Ortsteile wie Prenzlauer Berg, das macht Berlin aus. Wenn sich die Anwohner gestört fühlen, sollte es vielleicht einen Kiezdialog dazu geben und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden“, sagt CDU-Parteikollege Christian Gräff, Fraktionssprecher für Wirtschaft. Aber: „Die Politik und Verwaltung dafür verantwortlich zu machen, statt selbst mal mit Nachbarn zu reden ist ein schlechter Trend.“

Martin Matz, SPD-Fraktionssprecher für Inneres, **kann die Problemlage in Teilen nachvollziehen:** Es sei „wichtig, dass genug Raum für Passantinnen und Passanten mit Kinderwagen oder Rollstuhl bleibt. Sollte es bei der pragmatischeren Handhabung bei Spätis tatsächlich derart viele Anwendungsprobleme geben, muss man auch hier gegebenenfalls formalisierter vorgehen.“ Ein generelles Verbot hält er aber für unangebracht – und in anderen Berliner Regionen seien ihm die Probleme nicht bekannt.